

Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden Uwe Klein in der SVV am 17.12.2025

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste!

1. Der Ablauf der Haushaltsberatungen ist kaum noch hinnehmbar

Eine Haushaltsrunde wie in diesem Jahr habe ich in den 16 Jahren meiner Tätigkeit in diesem Parlament noch nicht erlebt.

Nach zwei Sitzungen der Fachausschüsse und zwei Sitzungen des HFA zu dem ursprünglichen Entwurf wurden uns noch am Vormittag der dritten HFA-Sitzung Änderungen im HH-Plan vorgelegt. Mit dem geänderten HH-Entwurf konnte sich niemand mehr rechtzeitig auseinandersetzen.

Nun kann man sagen, wen kümmerts. CDU und Grüne haben in der HFA-Sitzung mitgeteilt, ohnehin für den Haushalt zu stimmen. Die SPD sagte, sie stimme ohnehin dagegen. Freie Wähler (krankheitsbedingt) und AFD waren nicht vertreten. Bleiben also nur die FDP und Volt. Also was solls. Aber das kann ja wohl nicht der Anspruch an eine ordnungsgemäße Beratung sein.

Und die Änderungen sind keineswegs marginal. Für die beiden Planungsjahre wird mit zus. rd. 3,2 Mio. höheren Erträgen aus Steuern und Zuweisungen gerechnet. (S. 361, 363 Pos. 5 u. 7) Was darin enthalten ist, wird nirgends erklärt.

Dagegen läuft, dass die Einnahmen für Wasser und Kanal für beide Jahre um zusammen gut 1,2 Mio. € zurückgenommen wurden. Man habe die Einnahmen für 2025 zu hoch geplant. Vor einer Korrektur ist dann eine Neuberechnung kostendeckender Gebühren erfolgt. Aber so spät, dass die

Ergebnisse nicht rechtzeitig -wie es für die Erhöhung der Abfallgebühren geschehen ist- in das Verfahren eingebracht werden konnten, sondern als Dringlichkeitsanträge zwei Tage vor der letzten Sitzung des HFA.

Bei den Immobilienverkäufen brauchte es mehrere Anläufe bis zur jetzigen Darstellung. Eine Abweichung von Budget und Konsolidierungskonzept (HaSiKo) musste beseitigt werden. Außerdem hat man die Restbuchwerte fälschlicherweise in das Ergebnis einfließen lassen.

Dann kam eine sog. Neubewertung während des laufenden Verfahrens, wohl um die Erträge nicht zu sehr abschmelzen zu lassen. Aus nicht bekannten Gründen werden sie jetzt in 26 und 27 mit 9,4 Mio. eine halbe Mio. höher geplant. (S. 188). In der ersten Fassung waren es 8,9 Mio. Auch der neue Betrag stimmt wieder nicht mit dem HaSiKo überein. Dort wird als erzielbare Ergebnisverbesserung für 26 und 27 sogar der Betrag von zus. rd. 9,8 Mio. angegeben.

Im Übrigen wurde auf Anfrage der FDP zu den Werten geantwortet, dass diese aktuell durch einen sachkundigen Dritten ermittelt werden und dann mitgeteilt werden. Also auch jetzt noch vorläufige Zahlen. Wir gehen davon aus und fordern, dass alle Veräußerungen dem Parlament zur Zustimmung vorgelegt werden und man sich nicht etwa auf den Haushalt beruft. Der ist viel zu unbestimmt.

Man gewinnt den Eindruck, dass nicht geplant gehandelt wird, sondern getrieben durch die Kommunalaufsicht. Dies zeigt sich auch bei den Investitionen, wo es erhebliche Verschiebungen in der geänderten neuen Fassung gibt. Die Beratungen in den Fachausschüssen hätten wir uns insoweit sparen können. Die ursprünglichen Ansätze für 2026 wurden in die Folgejahre geschoben oder ganz gestrichen. In der Summe sinken sie in 2026 auf 3,7 Mio. (von zuerst 5,2 Mio.) und in 2027 auf 2,7 (zuvor noch 3,6 Mio.).

Kurzum, Verfahren und Ablauf sind eigentlich nicht hinnehmbar.

2. Die Inhalte des Haushaltsentwurfs sind teilweise verwirrend.

Im Budget 5200 Integration, Familie und Senioren fiel uns auf, dass für drei Stellen im Stellenplan 550 T€ Personalkosten angesetzt sind. 180 T€ pro Person. Auf entspr. Anfrage wurde gesagt, man habe die Personalkosten bei der Umstrukturierung des FD leider doppelt erfasst. Im nachgelegten HH-Entwurf sind sie für 26 um 12 T € heruntergesetzt u. für 27 um 2 T € heraufgesetzt. (Jeweils Seiten 264) Was soll man dazu noch sagen?

Halbiert hat man im neuen Entwurf die Personalkosten im Budget 1300 für den Fachdienst „Gewährung von Sicherheit und Ordnung“. Dort waren Personalkosten auch doppelt erfasst. (Der Planansatz betrug erst rd. 800 T€, jetzt 400 T€ p.a.)

3. Erst die Liquiditätsnot lässt die hohen Verluste deutlich werden

Mit einem Hilferuf wendete sich der Magistrat an das Parlament, weil der Kreditrahmen für Liquiditätskredite nicht mehr reichte. In einer am 19.11. für den 26.11. eilig einberufenen außerordentlichen Sitzung der SVV beantragte der Magistrat eine Erhöhung von 10 auf 18 Mio. €, um die Zahlungsfähigkeit sicherstellen zu können.

Eine Erhöhung um 80%. Dass diese innerhalb einer Woche beschlossen werden musste lässt auf eine unzureichende Liquiditätsplanung und ein unzureichendes Controlling im Rathaus schließen.

In der Vorlage heißt es, Spitzen müssten teilweise nur wenige Tage überbrückt werden. Im Finanzstatus, den wir erstmals auch erst Stunden vor den abschließenden Beratungen im HFA erhalten haben, wird der Bestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des HH-Jahres 2026 mit minus 11,5 Mio. € angegeben. (S. 511) Geplant hatte man mit minus 3,2 Mio. €. (S. 46).

Zu Beginn dieses Jahres konnte man auf vorhandene Liquidität von 5,5 Mio. € zurückgreifen. (S. 46) Der Rückgang liquider Mittel beträgt somit im laufenden Jahr 17,0 Mio. €.

Dies macht deutlich, dass es sich beim Kreditrahmen von jetzt 18 Mio. € nicht um die Abdeckung von Spitzen in einem HH-Jahr handelt, sondern um die Finanzierung defizitärer Gesamtergebnisse. Nur so erklärt sich auch, dass der Rahmen für Liquiditätskredite nach der Neufassung des HH-Entwurfs nicht mehr 16 Mio. €, sondern 22 Mio. € betragen soll. (S. 4)

4. Erheblicher Verbesserungsbedarf im Fachdienst Finanzen

Dies alles macht deutlich, dass es im Fachdienst Finanzen ganz erheblicher Verbesserungen bedarf. Dazu gehört auch eine bessere Vorausplanung der personellen Ressourcen.

Die FDP-Fraktion fordert und wird sich insbesondere dafür einsetzen, dass

- künftig Hochrechnungen für einen laufenden Plan-Ist-Vergleich vorgelegt werden;**
- die -auch gesetzlich vorgesehenen- regelmäßige Informationen zum Haushaltsvollzug mit Aussagekraft erfolgen.**
- Der Magistrat über die Aufnahme von Krediten informiert, wie dies auch im Kreistag üblich ist.**

5. Wir kritisieren, dass uns ein Doppelhaushalt vorgelegt wird.

Will man den neuen Kämmerer und den neuen Leiter Finanzen erst einmal schonen? Beim Doppelhaushalt werden für das zweite Jahr die Ansätze im Regelfall fortgeschrieben. Die Treffsicherheit leidet unter dem größeren Zeitabstand zwischen Planung und Planjahr.

Die 2025 eingeführte neue Organisationsstruktur im Rathaus wurde im HH-Plan für 2025 noch nicht berücksichtigt. Dies wird mit dem Doppelhaushalt jetzt nachgeholt.

In den Budgets sind deshalb aber viele Zahlen nicht mit den Angaben für 2025 und davor vergleichbar. Dieser Zustand wird durch den Doppelhaushalt gleich für zwei Jahre festgeschrieben, wodurch Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten des Parlaments länger als nötig eingeschränkt sind.

6. Die Veräußerung der Wohnimmobilien soll den Haushalt retten

Um die hohe Verschuldung wegen der negativen Ergebnishaushalte abbauen zu können, werden nun die Wohnimmobilien veräußert. Vorgesehen ist in der Gemeindehaushaltsverordnung, dass die Erlöse grundsätzlich in Investitionen fließen und eben nicht zum Abbau von Liquiditätskrediten, die zur Finanzierung von Verlusten aufgenommen wurden.

Soweit sind wir nun aber leider. Natürlich wünscht sich auch die FDP, dass der Bund und das Land die Kommunen finanziell besser ausstattet und sie nicht länger mit sog. Förderprogrammen gängelt. Diese nutzen uns ohnehin nichts, wenn wir Eigenanteile nicht stemmen und Vorfinanzierungen nicht darstellen können.

Nur pfeifen das Land und der Bund selbst finanziell auf dem letzten Loch. Wenn mehr Mittel kommen, sind sie schuldenfinanziert und schränken den Handlungsspielraum von morgen weiter ein. „Wer bestellt bezahlt“ war gestern. Weniger bestellen ist schon lange das Gebot der Stunde.

7. Zu den großen Posten beim geplanten Aufwand gehören

- die Kreis- und Schulumlage mit 23,1 Mio. € in 2026 und 23,8 Mio. € in 2027,
- gefolgt von den Personalaufwendungen mit 19,3 in 2026 und 18,0 in 2027. und
- drittens der Bereich Kinder und Jugend (Erstmals separat als Budget ausgewiesen, was wir begrüßen), mit 15,0 Mio. in 2026 und 15,6 Mio. in 2027.

a. Kreisumlage

Kommunen klagen, ihre Kosten seien fremdbestimmt. Sie könnten sie kaum beeinflussen. Auch der Kreis beklagt, seine Kosten seien fremdbestimmt. Und schaut auf das Land und den Bund. Auch die Länder klagen, der Bund würde sie zu gering finanziell für die Aufgaben ausstatten, die von ihnen auf der Grundlage von Bundesgesetzen zufallen.

So wird die Verantwortung immer von sich weg und auf andere verschoben. Dass die CDU auf allen vier genannten Ebenen regiert, scheint sie dabei aber nicht anzufechten. Und auch die SPD regiert im Kreis, im Land und im Bund, zusammen mit der CDU.

Die FDP kämpft auch auf Kreisebene dafür, die Kosten endlich einzudämmen. Unser Antrag alles dafür zu tun, dass es zu keiner erneuten Erhöhung der Kreisumlagen kommt, wurde von CDU und SPD, die seit 20 Jahren zusammen die Mehrheit stellen, abgelehnt. Auch hier im Stadtparlament war die Mehrheit nicht bereit, einen entsprechenden FDP-Antrag zu unterstützen.

Da die CDU- und SPD-Bürgermeister im Kreis ihren Landrat (CDU) und ihren ersten Kreisbeigeordneten (SPD) aber nicht schlecht aussehen lassen wollen, unterbleibt der gehörige Druck.

b. Personalaufwendungen

Zu den Personalaufwendungen wird im Vorbericht (S. 14) auf den Finanzplanungserlass 2026 verwiesen. Darin wird bei überdurchschnittlich hohen Defiziten auch der Einstieg in den Stellenabbau gefordert.

Dem würde entsprochen und ein Absinken der Personal- und Versorgungsaufwendungen angestrebt. Der Rückgang erklärt sich aber insbesondere durch die Übertragung der Schulkindbetreuung auf die Kreisgesellschaft „Ganztagsbetreuung im Pakt“ GiP gGmbH, wodurch sich aber auch der Aufwand für die Zuschüsse erhöht.

Die FDP hat auch bei den Personalaufwendungen früh den Finger in die Wunde gelegt. Als wir bei den Haushaltsberatungen für das noch laufende HH-Jahr nach einem aktuellen Organigramm der Verwaltung gefragt haben, wurde uns wenige Tage danach eine Umstrukturierung in der Verwaltung mit einem Neuzuschnitt von Fachdiensten vorgelegt.

Eine kritische Aufgabenprüfung hat aber dabei nicht stattgefunden. Sie soll nun laut dem HaSiKo in den Jahren 26 - 28 folgen. Dafür werden Einsparungen im ersten Jahr von 1,0 Mio. €, in 2027 von weiteren 500 T€ und

in 2028 von weiteren von 200 T€, in der Summe ab dem dritten Jahr mithin dann 1,7 Mio. € jährlich genannt.

Warum erst so spät. Unsere finanzielle Lage hätte ein viel früheres Gegensteuern auch mit einer Aufgabenkritik bei allen Aufwandspositionen erforderlich gemacht.

b. Kinder und Jugend

Im Bereich Kinder und Jugend sollten nach dem HaSiKo im HH-Plan für 2024 eine Erhöhung der Gebühren für die Kitas, die Schulkindbetreuung und der Verpflegungskosten ab dem Jahr 2025 jährlich 1,9 Mio. € Mehrertrag erbringen. Davon ist man heute weit entfernt. Das Gebührenkonzept mit 13 Gebührenstufen muss aus heutiger Sicht zur Erlangung dieses Konsolidierungsziels als gescheitert angesehen werden.

8. Gewerbesteuererhöhung

Durch eine Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes von 380 auf 400 v.H. sollen die angestrebten 13 Mio. € erreicht werden, nachdem dieser Planwert für 2025 um 2,5 Mio. unterschritten wurde. Nur gut ein Drittel der durch die Anhebung erhofften Mehreinnahmen bleibt davon der Stadt, der Löwenanteil der den Betrieben auferlegten Mehrsteuern ist an den Kreis abzuführen.

Bei einem konsequenten Gegensteuern, wie eben für die großen Kostenblöcke aufgezeigt, hätte sich die Erhöhung möglicherweise vermeiden lassen. Wahrscheinlich wird sie von der Kommunalaufsicht angesichts der alarmierenden Finanzlage unserer Stadt eingefordert.

Die Anhebung des sog. Nivellierungshebesatzes auf 380 v.H. kann nicht zur Begründung herangezogen werden. Mit der gleichen Argumentation erhöht Hainburg seinen Satz bei der Gewerbesteuer von 360 auf die 380 v. H., den wir bis jetzt haben.

9. Ich fasse zusammen:

- **Verfahren und Ablauf der aktuellen Haushaltsrunde sind eigentlich nicht mehr hinnehmbar.**
- **Der Haushalt ist offenbar getrieben von der Kommunalaufsicht.**
- **Der Verkauf von Anlagegütern muss die Verluste decken.**
- **Im Fachdienst Finanzen bedarf es ganz erheblicher Verbesserungen.**
- **Die FDP fordert einen laufenden Plan-Ist-Vergleich, regelmäßige Informationen zum Haushaltsvollzug mit Aussagekraft und Informationen bei der Aufnahme von Krediten.**
- **Wir lehnen es ab, die Schuld für die angespannte finanzielle Lage immer nur bei anderen zu suchen. Niemand ist schuld, aber dieselben Parteien CDU und SPD regieren zusammen im Kreis, im Land und im Bund.**
- **Bei den großen Kostenblöcken vermissen wir rechtzeitiges und konsequentes Gegensteuern, das wir jahrelang angemahnt haben.**

Die FDP-Fraktion trägt den vorgelegten Haushalt aus den dargelegten Gründen nicht mit.

Den Mitarbeitern in der Verwaltung danken wir für ihre Arbeit. Den Bürgermeister an der Verwaltungsspitze schließen wir – ungeachtet bestehender Differenzen zu Sachfragen - für seinen persönlichen Einsatz ein.